

Podiumsbeitrag von Rektorin Prof. Dr. Angelika Epple anlässlich der Demonstration des Bündnisses gegen Rechts am 30. Januar 2024

Frau Epple, Sie sind die neue Rektorin der Uni Bielefeld, aber auch Historikerin. Multiple Krisen, der zunehmende Rechtsruck in Deutschland und nun zuletzt die Enthüllungen der Correctiv-Journalist*innen – viele sehen darin Parallelen zur Endzeit der Weimarer Republik und Beginn der Nazi-Zeit. So sind aus dieser Angst heraus über 1,5 Millionen Menschen in den letzten Wochen auf die Straße gegangen, wie heute in Bielefeld. Wie sehen Sie das? Ist die Angst berechtigt?

Die Demonstrationen der letzten Tage bringen eher Zuversicht als Angst. Sie verdeutlichen eindrücklich, dass einer deutlichen Mehrheit unsere Verfassung und der Schutz der Menschenrechte sehr viel bedeuten: Die Demonstrierenden setzen sich FÜR unsere liberale Demokratie, FÜR unsere Verfassung und damit auch FÜR eine Staatsbürgerschaft ein, die aus sehr guten Gründen nicht ethnisch definiert ist. Der „Verfassungsschutz der Bürger*innen“, wie das Stefan Weil unlängst genannt hat, ist eine gute Grundlage für die Zukunft unseres Landes. Zu den Grundrechten gehört auch die Garantie der Wissenschafts- und der Meinungsfreiheit. Beide Freiheiten, die im Übrigen nicht dasselbe bedeuten, sind von zentraler Bedeutung für die Demokratie. Ohne Demokratie keine Wissenschafts- und keine Meinungsfreiheit. Ohne Wissenschafts- und Meinungsfreiheit keine Demokratie.

Wenn manche derzeitig die Meinung äußern, man dürfe nicht mehr sagen, was man denke, dann verwechseln sie das Verbot der freien Meinungsäußerung mit dem Widerspruch zu ihrer Meinung. Sie dürfen ihre Meinung äußern, auch wenn sie falsch, auch wenn sie polemisch, wenn sie unfair oder verletzend ist, aber: es darf und oft muss ihnen widersprochen werden. Wir, die wir in der Bundesrepublik Deutschland leben, dürfen unsere Meinung frei äußern. Und das ist ein sehr hohes Gut. Wer anderes behauptet, versucht die Grenze zwischen Fakten und Fiktionen aufzuweichen.

Die Grundunterscheidung von Fakt und Fiktion ist zentral für die Wissenschaft. Die Wissenschaft gründet in der Grundunterscheidung, dass es wahre, belegbare und unwahre, nicht belegbare Aussagen gibt. Wissenschaft ist keine Meinung. Sie kann sich zwar im Nachhinein als falsch erweisen, sie ist aber immer dem Streben nach beweisbarer, nachvollziehbarer Wahrheit verpflichtet.

Auch der Haupt-Organisator der heutigen Demonstration, Herr Rees, hat betont: Geschichte wiederholt sich nicht. Und dennoch kann man aus der Geschichte lernen, weil sie unseren Blick für die Analyse der Gegenwart schärft. Wir leben heute nicht in einer Situation, die der Weimarer Republik gleichzusetzen wäre. Es gibt gravierende Unterschiede. Diese anzuerkennen macht uns wachsam für die Gefahren, denen die heutige Demokratie ausgesetzt ist. Das sind andere als die in der Weimarer Republik. Eine davon ist es z.B., dass die Demokratie delegitimiert wird, in dem z.B. Wahlen als gefälscht denunziert werden. Eine andere Gefahr ist, dass die Wissenschaft, nur weil sich manche Erkenntnisse überholen, zu einer schlichten Meinung degradiert wird.

Demokratie braucht die Kontroverse, das produktive Streitgespräch, aber sie braucht auch den Respekt vor den demokratischen Strukturen. Demokratinnen und Demokraten sind gefragt, diese Kultur der respektvollen Auseinandersetzung zu leben und Verfassungsfeinde zu bekämpfen.

Die Weimarer Republik kannte gewaltvolle Auseinandersetzungen, groben Streit und polarisierende Konflikte. Zu wenige Menschen haben die Demokratie respektiert und verteidigt. Die Verfassung der Weimarer Republik war deutlich schlechter vor der Machtübernahme durch undemokratische Parteien geschützt, als unsere heutige Verfassung es ist. Der Schutz der Verfassung vor ihren Feinden war eine direkte Lehre aus der Geschichte.

Unsere heutige Demokratie beruht nicht nur auf dem Gedanken, dass Mehrheiten entscheiden, sondern auch dass Minderheiten geschützt werden und – das gehört zu einer demokratischen Kultur – dass Kompromisse zwischen divergierenden Positionen gesucht werden. Es gilt bei uns nicht das Recht des Stärkeren.

Dass Sie heute alle gekommen sind, diese Grundfesten unserer Demokratie zu schützen, gibt mir die Hoffnung, dass ihre Feinde keine realistische Chance haben, die Demokratie dauerhaft zu beschädigen.